

Berlin aktuell

Gitta Connemann - Meine Woche im Bundestag

Wahlkreis-Infodienst 3/2003



Themen der Woche

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

auch in dieser Woche überschattet leider die katastrophale Lage am Arbeitsmarkt alle anderen Themen. Mit 4,495 Millionen Menschen ohne Arbeit ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf dem höchsten April-Wert seit der Wiedervereinigung. Und die Hiobsbotschaften dieser Woche nehmen kein Ende: Die Sozialversicherungsbeiträge sollen weiter auf 43% steigen, Bund und Ländern drohen in diesem Jahr Steuerausfälle von 15 Milliarden Euro, der Bundeshaushalt gerät mehr und mehr aus dem Ruder. Das Problem sind nicht der Irak oder die Weltkonjunktur. Diese Krise ist in erster Linie hausgemacht. Andere europäische Länder haben sich bewegt und stehen besser da als wir. Als Bundeskanzler trägt Gerhard Schröder die Verantwortung. Wir brauchen keine weiteren Debatten, runde Tische oder Kommissionen, Deutschland braucht Bewegung. Wir haben unsere Pläne vorgestellt: Nur wirksame Reformen auf dem Arbeitsmarkt stellen die Weichen wieder auf Wachstum und Beschäftigung. Die Grundlage hierfür wurden durch die gemeinsamen Beschlüsse der Präsidien von CDU und CSU geschaffen, die in dieser Woche mit dem Papier „Für Wachstum - Sozial ist, was Arbeit schafft“, vorgestellt wurden. Dabei haben sich CDU und CSU auf vier wesentliche Reformen für den Arbeitsmarkt geeinigt.

Die Arbeitslosen- und Sozialhilfe soll wieder „Hilfe zur Selbsthilfe“ und auf Höhe der Sozialhilfe zusammengelegt werden. Vorrang hat die Reintegration in den Arbeitsmarkt. Wer angebotene Arbeit oder Qualifizierung ablehnt, erhält eine pauschal um 30 Prozent gekürzte Leistung. Wer hinzu verdient, dem wird ein wesentlich größerer Teil belassen. Wie wir als Bundestagsfraktion bereits gefordert haben, sollen die Beiträge der Arbeitslosenversicherung auf 5 Prozent gesenkt werden. Zur Tarifverfassung ist beschlossen worden, dass betrieblichen Bündnissen für Arbeit die Möglichkeit zur Abweichungen vom Tarifvertrag ohne Zustimmung der Tarifparteien gegeben werden soll. Bei längerfristigen Abweichungen sollen die Tarifparteien jedoch zustimmen müssen. So sind „maßgeschneiderte Lösungen“ für die einzelnen Betriebe gerade in Krisenzeiten möglich. Unser Ansatz mit Blick auf den Kündigungsschutz, der einerseits auf den Schutz der Arbeitsplatzinhaber, andererseits auf mehr Chancen für die Arbeitsplatzsuchenden zielt, ist bestätigt und erweitert worden. Zur Rente fordern wir neben der Wiedereinführung eines demographischen Faktors eine radikale Vereinfachung der Riester-Rente. Das tatsächliche Eintrittsalter muß durch höhere Abschläge bei der Frühverrentung angehoben werden. Langfristig kommt es für die abschlagsfreie Rente vor allem auf die Beitragszeit – 45 Jahre – an, nicht mehr so sehr auf das Lebensalter. Mehr Flexibilität für den Arbeitnehmer beim Renteneintritt ist dringend geboten. Im Gegensatz zu den rot-grünen Vorschlägen sind die der Union nicht bloße Mangelverwaltung, sondern zielen darauf, Wachstum, Dynamik und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Bundesregierung ist rat- und kraftlos. Um Reformmotor zu bleiben, müssen wir insbesondere ihre konzeptionellen Antworten zur langfristigen Sicherung der Sozialsysteme schnell vorantreiben. Die Union ist die entschlossene und einige Reformkraft des Landes.

Ihre

Gitta Connemann

RECHTE DER OPFER IM STRAFPROZESS STÄRKEN - Opferschutz ernst nehmen

Einen umfassenden Schutz von Opferzeugen gibt es bislang noch nicht. Viele Opfer fühlen sich im Verfahren erneut als Opfer. Wir haben deshalb eine Stärkung der Opferrechte im Strafprozess beantragt. Weibliche Opfer von Gewalttaten müssen verlangen können, von einer weiblichen Person untersucht zu werden. Es muß verboten werden, Aufzeichnungen von Aussagen der Opfer gegen deren Willen herauszugeben. Minderjährige Opfer sollen in einem Raum außerhalb des Gerichtssaals von dem Vorsitzenden vernommen werden können, um den Kindern die persönliche Begegnung mit dem Täter zu ersparen. Der Staat muss auch den Opfern die Möglichkeit geben, ihre Rechte und Interessen in allen Phasen eines Strafverfahrens durchzusetzen. Die materielle Wiedergutmachung für Opfer soll nach unseren Vorstellungen besser im Strafprozess geregelt werden. Bislang wird dies in der Mehrheit der Fälle in einem aufwendigen weiteren Verfahren im Zivilprozess geklärt. Die Zahlung von Schmerzensgeld des Täters an das Opfer soll sich auch strafmildernd auswirken können. Als besonders skandalöse Beispiele gelten die Fälle, in denen bereits verurteilte Straftäter erneut straffällig werden, ihnen in Unkenntnis dieses Umstandes gewährte Bewährungsungen aber nicht widerrufen werden können. Dies ist ein Missetand, den wir so auf keinen Fall akzeptieren können.

SARS-VIRUS - Klare Informationen erforderlich

Die Debatte zum SARS-Virus zeigte, dass die Krankheit nicht nur eine Herausforderung für die Forschung, sondern auch für die Politik ist. Es ist zwingend erforderlich, die Forschungsmittel zu erhöhen, jedenfalls nicht zu kürzen, wie es im Haushalt 2003 geschehen ist. Jede Kürzung rächt sich. Angefangen von der Tourismuswirtschaft bis hin zu globalen Wirtschaftsbeziehungen. Eine klare und offene Informationspolitik der Gastländer und Reiseveranstalter ist geboten. Denn sonst drohen Vertrauensverluste, die auf lange Sicht nicht zu beheben sind. Die Lage muß ernst genommen werden. Prävention ist weiterhin das Gebot der Stunde. Die konsequente Nachprüfung jedes einzelnen Verdachtsfalles hat sich bewährt. Dabei ist es richtig, alle potenziellen Kontaktpersonen zu registrieren und zu informieren. Von besonderer Wichtigkeit ist hierbei das Vorsorgeprinzip. Man ist darauf angewiesen, dass Menschen aus Deutschland weltweit ihren Geschäften nachgehen und umgekehrt Kunden ins Land können. Daher müssen diese Menschen einen einfachen Weg erhalten, sich zu informieren. Im Zusammenhang mit der Lungenerkrankung muß man sich im Übrigen ganz grundsätzlich damit beschäftigen, wie es dazu kommt, dass die Mensch-Tier-Barriere immer öfter von Viren übersprungen wird. Hierzu bedarf es ebenfalls eingehender Vorsorge und Forschung.

BILDUNGSPLANUNG

In der Debatte zur Gemeinsamen Bildungsplanung von Bund und Ländern wurde Einigung über die Einführung gemeinsamer Bildungsstandards erzielt. Dies gelang insbesondere auf Initiative der unionsgeführten Länder in der Kultusministerkonferenz. Die Kultusministerkonferenz ist hier viel weiter als der Bund. Wir unterstützen daher politisch das Vorhaben der Ministerpräsidenten, aus der gemeinsamen Bildungsplanung mit dem Bund aussteigen zu wollen. Zwar spreche sich die Bundesregierung wortreich die Bundesregierung für eine Beibehaltung der Bildungsplanung der Bund-Länder-Kommission aus. Andererseits will die Regierung selber aus der gemeinsamen Forschungsförderung aussteigen, indem sie die Finanzierung der großen Forschungsorganisationen Max Planck, DFG, Helmholtz-Gemeinschaft und Fraunhofer Gesellschaft vollständig dem Bund, die der Leibniz-Gesellschaft ausschließlich den Ländern übertragen will. Eine solche Aufgabentrennung bedeutet das faktische Aus der Bund-Länder-Kommission in der Forschungsförderung. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Föderalismusdiskussion zu beenden.

SPERRZEITEN FÜR AUßENGASTRONOMIE - Regelung ist Hemmschuh für Gaststätten

Die Debatte zu den Sperrzeiten für die Außengastronomie hat gezeigt, dass die derzeit gültige Regelung ist ein Hemmschuh für das Gaststättengewerbe und kontraproduktiv für den gesamten Inlandstourismus ist. Deshalb müsse die Regelung dringend geändert werden. Die Lebensgewohnheiten der Bevölkerung haben sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Die Veränderungen im Bereich der Arbeitszeiten und die längeren Ladenöffnungszeiten führen dazu, dass die Menschen immer später in den Genuß ihres Feierabend kommen. Gerade mit Blick auf die Biergärten ist der gesellschaftliche Aspekt nicht außer Acht zu lassen. Die Kommunikation der Menschen soll gefördert und nicht durch gesetzliche Regelungen eingeschränkt werden. Bislang sind deutsche Biergartenwirte darauf angewiesen, kostspielige und zeitaufwendige Sondergenehmigungen einzuholen, um die Gäste auch über 22 Uhr hinaus bedienen zu dürfen. Beim Gaststättengewerbe ist der Umsatz im letzten Jahr im Vergleich zu 2001 um 4,7 Prozent gesunken. In den ersten beiden Monaten 2003 ist der reale Umsatz im Gaststättengewerbe um weitere 9,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesunken. Dank der aktuellen Steuerpolitik stehen die mittelständischen gastronomischen Betriebe ohnehin mit dem Rücken zur Wand.

Carstensen/Connemann: Warnung vor Übergreifen der Geflügelpest nach Deutschland - Gefährdung von Mensch und Tier

Angesichts der bedrohlichen Ausweitung der Geflügelpest und Infektion von Menschen in den Niederlanden und Belgien erklären der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Peter Harry Carstensen MdB, und die zuständige Berichterstatterin, Gitta Connemann MdB: Seit mehr als 7 Wochen wütet die sog. Geflügelpest in den Niederlanden und ist zwischenzeitlich auch in Belgien ausgebrochen. Annähernd 19 Mio. Tiere mussten allein in den Niederlanden getötet werden, verbunden mit Kosten von mehr als 190 Mio. Euro. Dort haben sich mehr als 80 Menschen mit dem Virus infiziert, in einem Fall mit tödlichem Ausgang. „Die Seuche ist gefährlich nah an unseren Grenzen“. Das Deutschland bisher verschont geblieben ist, grenzt an ein Wunder. Eine Verordnung gegen die Verschleppung der Seuche ist vom Bund als zuständigem Gesetzgeber erst am 10.04. erlassen worden. „Zu spät und nicht ausreichend“. Denn bei Rückfragen beklagen Behörden, Veterinäre und Humanmediziner Rechtslücken auf Bundesebene, die eine wirksame Seuchenbekämpfung erschweren. Es fehlt z.B. die Möglichkeit, die notwendigen Maßnahmen wie z.B. ein „stand still“ über die Medien bekannt zu machen und sofort in Kraft zu setzen. „Bei uns müsste erst die Veröffentlichung in Verkündungsblättern abgewartet werden, mit Zeitverlusten von mehreren Tagen.“ Im Verdachtsfall sind keine verpflichtenden Maßnahmen vorgeschrieben. „Jede Kommune vor Ort muß für den Einzelfall selbst entscheiden“. Es fehlt damit an einer Grundlage für ein bundesweit einheitliches und damit rechtlich abgesichertes Handeln. Dies gilt auch für Personen- und Kfz-Sperren. „Die Gefahr besteht nicht nur für mehr als 110 Mio. Tiere in Deutschland, sondern auch für Menschen“. So dürfen in den Niederlanden nur Personen tätig werden, die Schutzkleidung tragen und das antivirale Mittel einnehmen. „Es muss unbedingt geklärt werden, ob diese Maßnahmen auch bei uns vor Ort im Seuchenfall ergriffen werden.“ Zudem müssen Kontaktpersonen in den Niederlanden gegen Grippe geimpft sein. Damit soll das Risiko der Entstehung eines neuartigen Virus aus einer Kombination von menschlichen und aviären Grippeviren ausgeschlossen werden.

Connemann zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen am 5. Mai

„Wie wir - Gesellschaft und Politik - behinderten Menschen gegenüber treten? Der heutige Tag mahnt Antworten auf diese Fragen an“, erklärte die CDU-Bundestagsabgeordnete Gitta Connemann zum Europäische Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen am 5. Mai. Dabei gehe es nicht nur um den Stand

sozialpolitischer Maßnahmen allein, sondern ebenso wichtig sei, ob genug getan werde damit Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt leben könnten. „Behinderte Menschen müssen mit Barrieren in ihrem Alltag leben. Es ist unser aller Aufgabe, Barrieren zu überwinden“. Der Deutsche Bundestag habe vor gut sechs Jahren Artikel 3 des Grundgesetzes um dem Satz „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ erweitert. Dies müsse für Politik und Gesellschaft ein Auftrag sein, die Integration von Menschen mit Behinderungen im täglichen Leben und ganz besonders im Beruf zu fördern. „Ein wichtiger Schritt hierbei war das Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter. Es hat den Weg frei gemacht für eine aktive Eingliederung vieler tausend behinderter Menschen in Arbeit und Beruf“, so die Christdemokratin. In diesem Zusammenhang sei es jedoch unverständlich, dass sich die Bundesanstalt für Arbeit nun offenbar aus der Finanzierung der Förderung von Werkstätten für die berufliche Bildung zurückziehen wolle. Die Bundesanstalt blockiere derzeit Fördermittel in Höhe von ca. 380 Mio. Euro. „Dabei hat die Bundesanstalt nur rund 1/10 davon zu tragen. Die Auszahlung der weiteren Fördermittel, für die Bund und Länder aufkommen, hängt jedoch von der Förderung aus Nürnberg ab“. Neubau, Ausstattung, Umbau, und Sanierung von Werkstätten für behinderte Menschen seien durch diese Maßnahme nun stark gefährdet. „CDU und CSU werden das zu verhindern suchen. Denn für uns ist der heutige Tag kein Anlass für Lippenbekenntnisse. Wir haben die Mahnung des heutigen Tages verstanden“, bekräftigte Connemann abschließend.

Connemann/Heinen: Mehr Klarheit bei der Deutschen Bahn - Bundesregierung trägt nicht zur Lösung bei

Zur heutigen Anhörung im Verbraucherschutzsausschuss zum Thema "Verbraucherpolitische Aspekte im öffentlichen Personenverkehr" erklären die Verbraucherschutzbeauftragte, Ursula Heinen MdB, und die zuständige Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gitta Connemann MdB:

In der heutigen Anhörung zu den verbraucherpolitischen Aspekten im öffentlichen Personenverkehr wurde festgestellt, dass viele Unklarheiten und Ungerechtigkeiten zum Schaden der Verbraucher das neue Preis- und Tarifsysteem der Deutschen Bahn kennzeichnen. Drei Komplexe wurden vor allem erörtert:

Auskunfts- und Informationssystem

Hier fordern wir ein einheitliches Informationssystem über alle Verkehrsträger. Zurzeit wird jeder Verkehrsträger gesondert behandelt, die Deutsche Bahn tut sich zudem schwer mit Auskünften über das Angebot von Wettbewerbern wie z. B. Connex.

Haftungs- und Entschädigungsregelungen

Hier fordern wir die einheitliche Geltung des Zivilrechts des BGB statt des bestehenden Gemengelages von Sonderregelungen und Kulanzregelungen. Eventuell erforderliche Einschränkungen können dann über Allgemeine Geschäftsbedingungen transparent und gerichtlich überprüfbar geregelt werden. Nach Expertenmeinung würden einige Klauseln der Beförderungsbedingung der Deutsche Bahn AG einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten. Das Bundesverkehrsministerium hätte sie nicht genehmigen dürfen, es erfüllt seine Aufgabe als Genehmigungsbehörde nicht ordnungsgemäß.

Preisgestaltung

Hier fordern wir die Deutsche Bahn AG zu mehr Klarheit und Einfachheit auf. Das Rabattsystem ist nach wie vor schwer durchschaubar, das Preissystem ist für flexibel Reisende nachteilig und die Stornogebühren bedeuten für alle Reisende eine erhebliche Einschränkung. Auch die Bundesregierung trägt nicht zur Lösung bei. Denn sie weigert sich, auf Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Bericht über die gegenwärtigen Fahrgastrechte zu erstellen.

Auszug aus dem Terminplan

- 09.05. *Leer*, Rathaussaal, Pordiums-diskussion
- 10.05. *Meppen*, Kossehof, CDU-Kreisparteitag Emsland
Ostraderfehn, Gulffhus, Kulturabend
- 12.05. *Westerscherps*, Baumschulbetrieb Hinrichs
Leer, Wirtschaftsausschuss
- 13.05. *Tourismuspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion MdB Brämig*, Wahlkreisbereisung
- 14.05. *Klein Berßen*, Gesprächsrunde "Mittelstandspolitik"
- 16.05. *Holte*, Schützenfest
- 17.05. *Hesel*, Kloster Barthe, JU-Bezirksverband Ostfriesland, Vorstandssitzung

Impressum



Gitta Connemann

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎: 030/227-73015

☎: 030/227-76066

gitta.connemann@bundestag.de
www.gitta-connemann.de